

dieser Fesseln die atomare Aufrüstung besser auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu finanzieren. Adenauer und die westdeutschen Unternehmensverbände wollen mit der Einbeziehung des DGB in den Bundeswirtschaftsrat für die Periode der atomaren Aufrüstungspolitik Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft ausschalten. Sie wollen den Gewerkschaften und mit ihnen der gesamten Arbeiterschaft einen Burgfrieden aufzwingen und in den Betrieben Kirchhofsruhe hersteilen. Das ist der Inhalt der neuesten Variante der Sozialpartnerschaftspolitik der westdeutschen Monopole. Der Bundeswirtschaftsrat unter Beteiligung der westdeutschen Gewerkschaften soll dazu den demokratischen Tarnmantel abgeben, unter dem sich Zug um Zug die Knebelung der westdeutschen Gewerkschaften vollzieht. Auch in dieser Frage spiegeln sich deutlich die zwei Wege in der deutschen Politik wider, von denen Genosse Walter Ulbricht sprach.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaften das „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“ geschaffen mit dem Ziel, die Massen der Arbeiterklasse noch mehr und noch aktiver in die Leitung der Produktion, der Wirtschaft und des Staates einzubeziehen. In Westdeutschland schlägt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates vor, der die Gewerkschaften der Politik der Monopole und des Adenauer-Staates unterordnet und die Arbeitermassen von der Einflußnahme in Produktion, Wirtschaft und der Staatsführung ausschalten soll.

In der Deutschen Demokratischen Republik erhielten auf Vorschlag der Partei und Gewerkschaften die Gewerkschaftsorganisationen das Recht, in die Staatliche Plankommission, in das Staatliche Komitee für Arbeit und Löhne, in die Wirtschaftsräte der Bezirke, in die Wissenschaftlich-technischen Räte der WB und in die Kreis-Plankommissionen vollberechtigte, mitberatende und beschließende Mitglieder zu entsenden, um auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Lebens die Mitwirkung der Arbeiterklasse bei der Leitung der Wirtschaft noch zu erhöhen. In Westdeutschland soll auf Vorschlag des DGB der Bundeswirtschaftsrat lediglich die Aufgabe erhalten, die Bundesregierung, die Bundesministerien und den Bundesrat zu beraten. Er erhält das Recht auf formelle Anhörung seiner